

Zeitung

Sechshundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 40.

Halle, Dienstag, den 24. Januar 1922.

Einzelpreis 40 Pf.

Sachwertbesteuerung.

Von

Wirt. Geh. Oberfinanzrat Dr. D. Schwarz.

Präsident des Landesfinanzamts in Magdeburg. Das Geplätz der Golds oder wie man sich heute auszudrücken pflegt, der "Sachwertbesteuerung", das diesen Selbsthohn schon seit langer Zeit den Schlaf verdrängt, wird in den kommenden Wochen voraussichtlich aufs neue drohend sein Haupt erheben. In der Zwischenzeit haben die vielen Erörterungen dieses Themas in der Tages- und Fachpresse das Volk gebracht, auch bei den linksgerichteten Parteien, das Verständnis für die Sachwertbesteuerung des Problems zu schärfen, so daß man selbst von sozialdemokratischer Seite nicht mehr in die kategorische Form wie früher die Betonung der "Substanzbesteuerung" hervorhebt, sondern ebenfalls über die Form der Besteuerung mit sich reden lassen will. Dieser Umstand erscheint für die praktische Arbeit als ein unglücklicher Fortschritt, weil sich auf dem Boden der Forderung einer lediglich verhöferten Besteuerung, einer Sachwertbesteuerung der Sachwerte aus die Mittel- und sogar die rechtsgerichteten Parteien sehr wohl zusammenfinden könnten.

Für die direkten Steuern ist das große Leitprinzip schon in Friedenszeiten mehr und mehr das Leistungsprinzip geworden. Unter den heutigen Verhältnissen kann aber niemand darüber in Zweifel sein, daß die sogenannten Sachwerte, unter denen vor allem die Produktionsmittel, wie Grund und Boden, Fabriken, Gewerbe- und Handelsanlagen aller Art zu Grunde liegen, ihren Besitzern eine ganz besondere Leistungsfähigkeit sichern. Begründet ist dies einmal darin, daß diese im Gegensatz zu den Staatsrenten, Obligationen und Aktien an der einen oder anderen Seite von der Wertentwicklung nur in verhältnismäßigem Maße getroffen werden. Sodann aber scheidet die Ausnutzung solcher Sachwerte heute den Betriebsinhaber eine Art Monopolstellung dadurch, daß infolge ungünstigen Weltmarktes Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe gegen ausländischen Wettbewerb so gut wie gesichert sind. Für Grundbesitz und Hausbesitzer kommt noch hinzu, daß zu häufig durch die benötigte Beilegung der letzten Eigentümer der Zwangsversteigerung erhöhte Einnahmen und durch das seitens unserer Gegner ergriffene Verbot, durch Rechtsmittel eine Verbilligung der wichtigsten Agrarprodukte herbeizuführen, weitere starke Preissteigerungen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse einzutreten müssen. Demgegenüber verhält sich die Lage der Kleinrentner, soweit sie nicht Aktien besitzen, also Mietgeheimnisse an Sachwerten sind, und der Gehalts- und Lohnempfänger immer mehr. Bisher haben die fortgesetzten Lohn- und Tarifsteigerungen allerdings weiten Teilen der breiten Massen, namentlich den jüngeren unverschuldeten Elementen eine Lebenshaltung gestattet, die den ersten Zeiten kaum entkriecht. Aber es besteht kein Zweifel, daß sich die Verhältnisse unter dem Druck der Reparationsverpflichtungen mehr und mehr ändern werden, ja ändern müssen. Bedingt die Notensprengung war der Zauberslab, der dem Reichstag und den Arbeitgebern immer wieder die Mittel in die Hände gezaubert hat, den Gehalts- und Lohnaufbesserungsorderungen nachzugeben. Dieser Zauberslab aber enthält ein tödliches Gift, das unweidlich den Reichtum hier, unerschütterliche Not dort herbeiführt, Kalkulation in Spekulation, solches Geschäft in Spiel, Sparsinn in Verschwendungslust verwandelt und auf die Dauer unser Volk moralisch und wirtschaftlich ruinieren muß, was die große Mehrzahl leider erst viel zu spät einzusehen beginnt. Unsere Gegner haben freilich die soziale Ebene, auf der sich unsere Wirtschaft- und Finanzpolitik befindet, längst erkannt. Sie würden indes indes aus Schadenfreude diesen Zustand noch lange mit restriktiven Armen zugehört haben, wenn die weltwirtschaftlichen Auswirkungen nicht schließlich für sie selbst, namentlich für Länder wie England, so verderblich gewesen wären, daß sie glauben, den hinterbühnen Kunden in Mittel- und Osteuropa im eigenen Interesse die Hand reichen zu müssen. Selbst Frankreich sieht an, sich zu bestimmen, seitdem die Wirtschaft hier aus Mitte Dezember an. So, die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands offiziell bestätigt hat und die Entente nun vor der Wacht steht, entweder die Äußer der Gewaltlosigkeit zu fordern, d. h. Stundungen oder Nachlässe zu bewilligen oder wieder mit Okkupation zu drohen, wozu Frankreich diesmal kaum die Zustimmung seiner Verbündeten finden dürfte.

Aus diesem Milieu, solchen Erkenntnissen und Erwägungen heraus sind die Zusammenkünfte in Cannes und in Genoa geboren. Das zwischen England und Frankreich wird dabei offenbar nur ein Interesse bleiben. An dem von Lloyd George vorgetragenen Gang der Dinge wird es kaum viel zu ändern vermögen. Die Verhältnisse und Fortentwicklungen der Zeit sind zu zwingend. Aber es dürfte aus der Regel in der Leitung der französischen Politik selber wohl zu werden. Die Garantien, die man von uns fordern wird, werden wahrscheinlich sehr viel später und härter gestellt werden, als dies wohl unter Brand der Fall gewesen wäre. Ausmünden werden sie allem Anschein nach in der Verhängung unserer öffentlichen Ausgaben, auf die Steigerung unserer Steuerlasten und auf die Stilllegung unserer Rentenrente, — also auf die Verhinderung des Zauberslabes, des Gehalts- und Lohnforderungen bisher so verhältnismäßig leicht und doch ins Kraut wachsen ließ. Damit erst werden unsere breiten Massen die Folgen des verlorenen Krieges in vollem Maße zu spüren bekommen. Dabei wird

man von gemäßigter Seite, ausgehend von den eigenen Ansprüchen und Steuerverhältnissen, voraussichtlich die weitere Anziehung der indirekten, namentlich der Umsatz-, Kohlen- und Verbrauchsteuer mehr in den Vordergrund stellen, und wenn die sozialdemokratischen Parteien ihre Mitwirkung hier verlangen, so werden sie wohl eher über die Regelung an die Wirtel- und Rechtsparteien abtreten müssen. Auf der anderen Seite wird es ihnen, wie den Linksparteien überhaupt schon ihren Wählern gegenüber, nicht möglich sein, eine noch härtere Anziehung der indirekten Steuerdrücke zu begehren, wenn nicht gleichzeitig auch die letzten Möglichkeiten der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ausgeschöpft werden. Diese aber liegen heute nur bei dem auf Sachwerte begründeten Besitz, der ohne Zweifel bei Kriegsgewinnsteuern wie Notopfer gegenüber dem reinen Kapitalbeizig verhältnismäßig günstig abgemessen hat.

Das muß bei der künftigen Gesetzgebung fortfallen und dies ist die Plattform, auf der Rechts- und Linksparteien gemeinsam erfolgreiche Arbeit leisten müssen, wenn wir nicht den schwersten innerpolitischen Kämpfen entgegenzutreten wollen.

Die möglichen Wege sind mannigfaltig und lassen sich nicht im Einzelnen erörtern werden. Einen wichtigen Gesichtspunkt aber möchte ich hervorheben, der dabei unbedingt Beachtung finden muß. Die Vorkriegsstellung der Sachwerte wird und kann keine ewige sein. Je mehr die Inflation stagnieren oder gar durch eine Deflation abgelöst werden wird, je mehr die Erleichterung und Vermehrung der Einzahlungsmöglichkeiten zunimmt, umso mehr wird der Gold- und Geldmarkt, der heute um die Sachwerte lagert, sich wieder verflüchtigen. Deshalb darf eine Sachwertbesteuerung nicht in eine auf einen der Gegenwart entnommenen Stichtag gegründete harte Belastung für Jahrzehnte ausarten, sondern muß in stetiger Füllung mit den Veränderungen, welche sich in der bevorzugten Stellung der Sachwertbesitzer abspielen werden, bleiben. Mit anderen Worten: die Sachwertbesteuerung muß auf dem Wege laufender nicht einmaliger Besteuerung erreicht werden. Und weiter wird der Gesetzgeber, wenn er die Ursachen der heutigen Vorkriegsstellung der Sachwerte schon im Auge faßt, darauf Wert legen müssen, daß der Veranlagungszeitraum, der jetzt der Zeitraum des Wirtschaftsjahres ist, die Veranlagung des Steuerwertes mindestens um zwei bis wenige (höchstens drei Jahre) umfassen darf, und daß je höher der Steuerfuß ist, umso notwendiger ein Weg gefunden werden muß, um (vielleicht durch Zus und Abzüge bei den Steuerarten) zu verhindern, daß sich die Unterschiede zwischen Geldwert und Preis im Veranlagungszeitraum einerseits und in den Zahlungsperioden der Steuer andererseits zu sehr, sei es zum Nachteil des Reichtums, sei es zum Nachteil des Steuerpflichtigen, ausweiten. Trägt die kommende Sachwertbesteuerung diesen fundamentalen Gesichtspunkten nicht Rechnung, so verflüchtigt sie sich nicht nur an dem gesunden Grundstich der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, sondern kann auch unsern Wirtschaftsstellen leicht unwiderrückliche Schäden zufügen. Und man möchte fast in Zweifel stehen, ob die Reparationskommission selbst, die doch an heftigen Erträgen der deutschen Volkswirtschaft auf das lebhafteste interessiert ist, derartige Steuerexperimente mit günstigen Augen ansehen würde.

Arthur Nikisch gestorben.

Am 27. November des vergangenen Jahres dirigierte Arthur Nikisch ein Konzert in der Philharmonie. Es war das größte musikalische Ereignis, dessen wir uns in Halle seit Jahren erfreuen durften. Man brachte dem Meister jubelnde Ovationen dar; auch die Kritik war begeistert; der Musikkritiker der Saale-Zeitung, Dr. Hans Kiemann, schloß seine Besprechung mit dem Worte: "Wieder kommen!"

Der Wunsch geht nicht in Erfüllung. Letzte Woche mußten wir die Nachricht bringen, daß der Künstler an der Grippe erkrankt sei. Inzwischen befiel sich sein Zustand und heute trifft uns die Kunde, daß er heute morgen an einer Lungenerkrankung gestorben ist. Mit Arthur Nikisch ist der heute tragendste und bedeutendste Dirigent von heute dahingegangen; vielfach wird behauptet, daß auch die Vergangenheit keinen ähnlichen genialen Dirigenten gehabt habe.

Arthur Nikisch wurde am 12. Oktober 1855 zu Lebendy-Gentmilos (Ungarn) geboren. Sein musikalisches Talent trat so frühzeitig hervor, daß er bereits 1867 mit seinem Studium an Wiener Konservatorium für Musik begann. Zwei Jahre später, als 19jähriger, errang er bereits dort als Komponist die Goldene Medaille sowie einen ersten Preis als Geiger und einen zweiten als Klavierpieler. In den Jahren 1874-77 war er dann als erster Geiger am Wiener Hofopernorchester tätig, bis er 1878 zum ersten Mal nach Leipzig kam und zwar als Musikdirektor am Stadttheater. Bald begann er auf Kunstleben seinen steigenden Ruf zu mehren. So ging er z. B. 1887 als erster deutscher Musiker nach dem Kriege 1871 mit dem philharmonischen Orchester von Berlin nach Paris. Im Jahre 1889 gab er die Leitung in Leipzig ganz auf und unternahm eine mehrjährige Konzertreise durch die bedeutendsten Säulen an der Spitze des Bostoner Sinfonie-Orchesters. Erst 1893 kehrte er wieder nach Europa zurück, wo er nunmehr Leiter der (gl. Oper in Budapest wurde. Jedoch schon 1895 kehrte er wieder nach Leipzig zurück, als Direktor der Gewandhauskonzerte und Lehrer am dortigen Konservatorium. 1898 wurde er gleichzeitig Dirigent der Phil-

harmonischen Konzerte in Berlin, als Nachfolger Hans v. Bülow's. Im Jahre 1901 wurde ihm der Titel Professor verliehen und seit 1902 ist er auch Studien-Direktor am Leipziger Konservatorium. Eine kurze Zeit hindurch (1905 bis 1906) war er auch Operndirektor am Staatstheater Leipzig.

Wir werden über das Leben und das Wirken Nikisch's noch ausführlich berichten.

Lloyd George gegen Poincaré.

Konferenzen von Angesicht zu Angesicht.

Die Rede, die Lloyd George vor den englischen Kabinettsmitgliedern gehalten hat, wird erst jetzt in ihrem vollen Sinn bekannt. Immer mehr erkennt man klar, daß sie gegen Herrn Poincaré in aller Form gerichtet ist. Lloyd George hat zwar eingangs betont, daß man bei dem französischen Antrage notwendig auftreten müsse, aber er hat dann doch an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig gelassen. In seinen Worten, daß eine nie verlassende Geduld, Beharrlichkeit und Stetigkeit nötig sei, um die Welt ihrer Befreiung entgegenzuführen, darf man auch entnehmen, daß der englische Premier sich kaum auf Worte beschränken wird. Immer wieder betont er ja auch, daß die Arbeitslosigkeit in England und das Stöcken des englischen Handels gefährlicher eine Abhilfe erfordern. Diese Abhilfe aber ist bekanntlich nur zu erzielen, wenn der wahnsinnige Friedensvertrag abgeändert wird. Das letztere hat freilich Lloyd George nicht ausgesprochen, umso trüglicher kommt es in den Kommentaren der englischen Presse zum Ausdruck. Am häufigsten hat sich Lloyd George gegen Poincaré in der Frage der Konferenzen gemeldet. Poincaré hatte sich laut seiner Regierungserklärung vorgenommen, zu den alten Methoden der Geheimdiplomatie zurückzukehren. Er weiß ganz genau, daß auf jeder Konferenz seine Politik zu einer Forderung Frankreichs führen muß. Lloyd George aber verlangt gerade Konferenzen von Angesicht zu Angesicht, und er erbt von den Männern der freien Presse, die nicht gegen die Wirksamkeit ins Auge faßt. Seine Rede ist ein toller Wasserstrahl nach Paris, und indem er legt, daß es gut sei, wenn die Männer mit den farrnen Ansichten gewonnen würden, auf eine Konferenz zu gehen, nicht lediglich für einen Augenblick, sondern für immer. Mit heiligem Sarkasmus hat sich der britische Premier auch noch über die militärischen Sachverständigen lustig gemacht, die die Feuerkraft auf der ganzen Welt seien. Auf dieser Pointe ist an die Adresse des französischen Imperialismus gerichtet.

Die Schlussfolgerungen von Lloyd Georges seien hier ausführlich wiedergegeben:

Wenn man sich mit irgendeinem europäischen Problem zu befassen beginnt, dann erkennt man, daß dies nie verlassende Geduld, Beharrlichkeit und Stetigkeit erfordert und daß man sich durch zeitweilige Rückschläge nicht abschrecken lassen darf. Die Männer, welche glauben, daß die Europa in zwei oder drei Jahren von seiner Not befreien könnten, sind entweder über die wirklichen Verhältnisse nicht unterrichtet oder führen ihr Publikum irre. Die Ergebnisse in Frankreich beweisen, wie vorsichtig man bei so viel herberdem Angriff auftreten muß.

Es gibt nur einen Weg,

um das Ziel zu erreichen. Dieser Weg heißt vor, daß man darauf besteht, die Nationen zu dem Frieden der Vernunft und nicht der Gewalt zu bringen. Das Ziel ist zu erreichen durch beharrliche Zusammenkünfte, Erörterungen und Konferenzen. Wenn im Juli 1914 eine Konferenz stattgefunden hätte, dann würde es im August keine Kataklysmen gegeben haben. Ohne Meinungsstimmlichkeit entstehen Konferenzen, und diese können sich zu Verhandlungen auswaschen. Konferenzen bedeuten tiefen Verständnisse und Vertrauen. Jede Konferenz ist eine Sprosse in der Leiter, die zum Frieden auf Erden führt. (Befehle der Welt). Es gibt Leute, die erklären: Genug mit den Konferenzen; wir wollen Depeschen und Briefe austauschen! Wie ist dies anständig? Jede Partei legt ihren eigenen Standpunkt dar, und ansatz daß die Parteien zusammengebracht werden, verstehen sie sich nur zu oft auf ihre Überzeugungen. Wie einem Briefe ist die Sache nicht gemacht, mit einer Depesche kann man nicht argumentieren und mit einer diplomatischen Mitteilung kann man nicht diskutieren. Man muß sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstellen. Ich habe den besten Glauben an die schließliche Vernunft der Menschen, ich bin Optimist. Am meisten treten für die Realisten vor alten Diplomaten diejenigen ein, die unter ihren Verwundungen leiden. Wenn man feierlich eine Konferenz nach der neuen Methode gebilligt hätte, dann würden jetzt keine französischen Forderungen auf Wiederherstellung warten. Die Männer, die die Konferenzen hassen, sind die Männer der farrnen Ansichten, die Männer, die nicht gegen die Wirksamkeit ins Auge faßen. Es ist gut, wenn sie gezeugen werden, dies tun und wieder zu tun. Wer den Frieden erstrebt, muß den Weg haben, den einzigen Weg zu geben, der zum Frieden führt, und muß an den Wert offener Erörterungen glauben.

In Genoa

ist jetzt eine Konferenz stattfinden, in dieser Hinsicht die größte internationale Konferenz, die je abgehalten wurde. Die Nationen Europas ohne Unterschied sind zur Teilnahme eingeladen worden. (Beifall). Sie sind eingeladen worden, weil wir diesen dauernden Kriegserklärungen die für das internationale Wirtschaftsleben genau so schlimm sind wie der Krieg selbst, ein Ende machen wollen. Eines Tages hört man, daß England zittert, um Polen anzuweichen, daß Polen

